

Gesellschaftliche Verantwortung als DNA: Der Bund Katholischer Unternehmer

Gründung des BKU am Wendepunkt der neueren deutschen Geschichte



Prof. Dr. André Habisch, wissenschaftlicher Berater des BKU

Wenn wir die Situation Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg veranschaulichen wollen, dann sagen zwei Bilder - die viele von Ihnen kennen - mehr als 1000 Worte. Das eine zeigt eine Luftaufnahme der Kölner Innenstadt, die buchstäblich dem Erdboden gleich gemacht worden ist

und aus der nur mehr der noch vergleichsweise intakte Dom heraus ragt. Das zweite Bild stammt vom Dresdener Neumarkt, auf dem nach der verheerenden Bombardierung im Februar 1945 Berge von Leichen verbrannt werden und auf dem Großeltern und Eltern ihre getöteten Kin-

der identifizieren. Im Sommer 1945 ist die Situation in Deutschland durch eine totale Katastrophe bestimmt. Eine totalitäre rassistische und extrem kriminelle Regierung - inklusive ihrer Helfershelfer auch in den Wirtschaftseliten - hatte das Land in die tiefste Krise in der deutschen Geschichte geführt: Die europäischen Nachbarvölker überfallen, geknechtet und teilweise mit rassistischem Terror überzogen; einen Angriffskrieg begonnen, der allein in Europa zu über 30 Millionen Toten geführt hatte; vor allem aber: der Holocaust als eines der größten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte, der für immer mit Deutschland verbunden sein wird. Tod und Elend im eigenen Land sind Folge dieser Verbrechen: mehr als acht Millionen deutsche Soldaten und Zivilisten getötet, das Land zerstört, besetzt, geteilt. Millionen von vertriebenen Flüchtlingen aus dem ehemals deutschen Osten strömten in den Westen - Tausende sind auf dem Weg verhungert, erfroren, erschlagen.

Betrachten wir nun die zweite Hälfte des Jahrhunderts nach 1948, dann stellen wir fest, dass Deutschland zu einem der erfolgreichsten Gemeinwesen der Welt geworden ist. Nur ein Indikator: Das Sozialprodukt pro Kopf entwickelt sich mit wenigen Ausnahmen, von Jahr zu Jahr nach oben - auch nach der Wiedervereinigung von 1990. Es stellt sich die Frage, was da genau passiert ist. Welches kritische Ereignis bedingte den Unterschied zwi-

schen der katastrophalen ersten und der glücklichen zweiten Jahrhunderthälfte? Erinnern wir uns daran, dass Zerstörung und Elend als solche – das zeigen Geschichte und Gegenwart in vielen Teilen der Welt – noch keineswegs eine Garantie für eine bessere Zukunft darstellen. In der deutschen ‚Stunde Null‘ war es vielmehr objektiv gesehen wenig wahrscheinlich, dass die Entwicklung eine derartig glückliche Wendung nehmen würde.

Als Schlüsselpersonen für den Weg in die Bundesrepublik Deutschland, in die Soziale Marktwirtschaft, die Westbindung und – 40 Jahre später – die deutsche Wiedervereinigung, werden für gewöhnlich Politiker (Konrad Adenauer und Ludwig Erhard) und Intellektuelle (Walter Eucken, Alfred Müller-Armack u.a.) genannt. Dabei erfährt jedoch die Rolle eines neuen Typs verantwortlicher Unternehmerpersönlichkeiten zu wenig Beachtung. Es ist interessant, dass Wilhelm Röpke, einer der führenden Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft, dies in einer Rede vor der IHK Frankfurt/ Main im Jahr 1961 ganz anders gesehen hat. Dort heisst es: „Viele Unternehmer sind sich noch gar nicht bewusst, dass sie fortgesetzt mit einem Bein in diesem Bereich jenseits von Angebot und Nachfrage stehen, dass sie hineingewachsen sind in diese Position, die außerhalb des Marktes liegt, außerhalb ihres Hauptbuches, außerhalb von Soll und Haben ... Es ist ihnen gerade durch den Zerfall der alten Hierarchie eine Rolle, eine Funktion, ein Einflussbereich zugewachsen, den sie sich gewiss nicht im Ganzen gewünscht haben, den sie aber nicht mehr loswerden und verleugnen können ... So sind die Unternehmer ... in verhältnismäßig kurzer Zeit in die Position von tragenden Figuren unserer modernen freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinein gewachsen ... eine Mission, die ih-

nen zugefallen ist.“ Der Bund Katholischer Unternehmer ist genau an dieser entscheidenden Schwelle der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts entstanden – und er hat eine zentrale Rolle darin gespielt.

Christliche Werte in die Politik

Die Vorgeschichte dazu bilden Christliche Unternehmerpersönlichkeiten zur Zeit der Industrialisierung: etwa Leon Harmel in Frankreich und Franz Brandts in Mönchengladbach – zwei Textilunternehmer um die Wende zum 20. Jahrhundert, die ihre christlichen Werte auch in ihrer Unternehmerrolle leben wollten: intensive betriebliche Sozialpolitik und umfangreiches Engagement in Kirche und Gesellschaft waren die Folge. So hat Franz Brandts in seinem Gladbacher Unternehmen etwa einen Pensionsfonds eingerichtet, aus dem die – sonst völlig ungesicherten – Arbeiter bei Krankheit und im Alter Zahlungen erhalten konnten. Dieser wurde mehrheitlich von Arbeitervertretern selbst verwaltet, was deren Verantwortungsbewusstsein gestärkt hat; gleiches gilt für Sparvereine, die die Vermögensbildung der Arbeiter unterstützen sollten. Trotz stark reduzierter Arbeitszeit (10,25 h!) zahlte Brandts den höchsten Lohn in der Stadt. Neben einer Kantine und einer Nähsschule für die Arbeiterinnen gab es beim Unternehmen auch eine Bibliothek, einen Musikverein und – am Zentrum – eine Kapelle; diese hatte er bauen lassen, als sein Sohn in jungen Jahren gestorben war. Brandts selber wohnte nicht in einem feinen Industriellenvorort, sondern mitten in der Siedlung, die er auch für seine Arbeiter errichtet hatte. Darüber hinaus hat sich Franz Brandts auch gesellschaftlich und kommunalpolitisch engagiert: Er gründete 1890 mit dem Reichstagsabgeordneten Georg

Härtling den einflussreichen Volksverein für das Katholische Deutschland, der von Mönchengladbach aus im ganzen Reich Bildungsveranstaltungen für Arbeiter, eigene Zeitschriften und Kulturangebote organisierte und die Schnittstelle zur politischen Arbeit der katholischen Zentrumspartei bildete. Brandts ‚Betriebskaplan‘ Franz Hitzte wurde später erster Professor für Christliche Sozialwissenschaft an der Universität Münster/ Westf. und hat als Reichstagsabgeordneter in Berlin in den 1890er Jahren an der Schaffung der ersten staatlichen Sozialgesetzgebung überhaupt mitgewirkt. Heinrich Brauns, zunächst Abteilungsleiter im vom Unternehmer Franz Brandts gegründeten Volksverein, wurde später erster Reichsarbeitsminister (1920-1928). Er hat mit hoher Fachkompetenz in zwölf schnell wechselnden Kabinetten dieses Amt ausgeübt. Brauns, Priester des Erzbistums Köln, hat dabei die Grundlagen des deutschen Arbeitssystems gelegt – von der betrieblichen Mitbestimmung durch gewählte Betriebsräte über die Schaffung spezialisierter Reichsarbeitsgerichte, die Einrichtung der Reichsanstalt für Arbeit mit einer (zunächst rudimentären) Arbeitslosenversicherung etc. etc. Brauns wurde später von den Nazis isoliert und ist vereinsamt in Süddeutschland gestorben. Es gehört zu den Tiefpunkten der Erinnerungskultur unseres Landes, dass der Name dieses Heroen christlich sozialen Gedankenguts, von dessen wegweisendem Wirken die Arbeitskultur unseres Landes noch heute profitiert, bis heute weitgehend vergessen ist.

Wirtschaft – Gesellschaft – Kirche: Auch das Profil des BKU war von Anfang an durch diesen Dreiklang bestimmt: wertorientierte Praxis in der Wirtschaft zu realisieren, christliche Orientierungen in der Politik zu stärken und unternehmerische Kom-

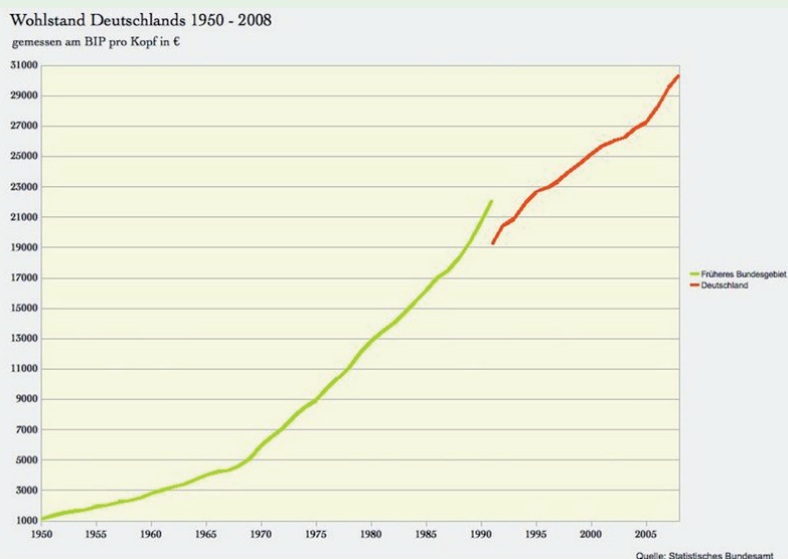
petenz in der Kirche zu fördern. In dieser Perspektive wurde der Bund 1949 auf Initiative des Präsidenten der IHK Köln, Franz Greiss und des Familienunternehmers Peter Heinz Werhahn (später einziger deutscher Präsident des Weltverbandes UNIA-PAC) gegründet. Konzeptionell war er stark beeinflusst durch den Christlichen Sozialethiker und geistlichen Berater des BKU Joseph Höffner. Höffner war Professor zunächst an der Universität Trier, später (unterstützt vom BKU) Gründungsdirektor des Instituts für Christliche Sozialwissenschaft an der Universität Münster/ Westf. Er verfügte über Kontakte in die Bundesregierung, etwa als Mitglied im Beirat des Arbeits- und Sozialministeriums und Sachverständiges Mitglied in der Sozialenquete des Bundestages (später auch Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz bis zu seinem Tod 1987).

Institutionen des neuen deutschen Gemeinwesens eingeflossen. Der Journalist Jan Ross hat in diesem Sinne von der Katholischen Soziallehre als ‚geheimer Staatsreligion‘ der jungen Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Direkt sichtbar geworden ist der BKU im Jahr 1954, als Dr. Wilfrid Schreiber als sein erster Geschäftsführer (bis 1959, 1962-1972 dann Professor für Sozialpolitik an der Universität Köln) im Auftrag des BKU und auf Anfrage von Bundeskanzler Adenauer den Drei-Generationen-Plan („Schreiber-Plan“) formulierte: Er schlug das Umlageverfahren in der Rentenversicherung vor (inklusive dynamischer Rentenanpassungen nach Lohnentwicklung ohne staatlichen Zuschuss/ versicherungsfremde Leistungen, aber mit einer Versicherungspflicht auch für Besserverdienende). Fest integriert im Schreiber-Plan war ein Familienlastenausgleich: Parallel zur dynamischen Altersrente sollte

nur teilweise verwirklicht: insbesondere die Kinderrente scheiterte an Lobbies und Adenauer selbst („Kinder haben die Leute ja eh!“). Die demographische Krise der Gegenwart zeigt, dass diese Missachtung der praktischen Klugheit der Unternehmer damals ein folgenreicher Fehler war.

Subsidiarität in der Wirtschaft: der praktischen Weisheit zur Wirksamkeit verhelfen!

Wichtig für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft eines Landes ist natürlich, wie leistungsfähig und innovativ die Unternehmen arbeiten. Langfristig und insbesondere auch in Krisensituationen entscheidend ist aber auch, in welcher Weise Strukturentscheidungen organisiert sind. Auch unter dem (indirekten) Einfluss des BKU gilt hier in Deutschland: Vorfahrt für Selbstverwaltung! Das Sozialprinzip der ‚Subsidiarität‘ ist Bestandteil der Katholischen Soziallehre und hat die Bundesrepublik Deutschland zutiefst geprägt: Unabhängige Gemeinden und Bundesländern mit autonomen Budgets und Entscheidungsrechten stärken eine Kultur der Verantwortung auf lokaler Ebene. Allerdings ist Subsidiarität mehr als territorialer Föderalismus. Die Soziale Marktwirtschaft setzt in vieler Hinsicht auf Selbstverwaltung durch Fachleute statt politischer Gängelung. Unternehmer als Bürger und ihre gemeinwohlorientierte Mitverantwortung sind hier gefragt: so ist die Tarifautonomie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sogar im Grundgesetz verankert. Kammern (mit Pflichtmitgliedschaft!) und Verbände wirken unmittelbar an Entscheidungen mit: etwa im dualen Ausbildungssystem, als ‚öffentlich-privater Partnerschaft‘ zwischen staatlichen Berufsschulen und Betrieben, aber auch im (mehrstufigen) Anhö-



Nach 1948 wurde Deutschland zu einem der erfolgreichsten Länder der Welt; Anteil daran hatte Katholische Soziallehre als ‚geheimen Staatsreligion‘ der Bundesrepublik (Jan Ross)

Auch und gerade durch das vielfältige Wirken Höffners sind BKU Impulse auf allen Ebenen indirekt, aber nicht weniger wirksam in die Gestaltung der

eine dynamische Kinderrente an Eltern gezahlt werden, um den Generationenvertrag in der Sozialordnung abzubilden. Der Schreiberplan wurde 1957 aber

rungsverfahren bei der Gesetzgebung, in den Leitungsgremien der Bundesanstalt für Arbeit, in der Arbeitsgerichtsbarkeit, in der Selbstregulierung von Branchenverbänden et cetera pp. Subsidiäre Selbstverwaltung schirmt einen gesellschaftlichen Bereich tendenziell gegen politische Einflussnahme ab und verhilft der praktischen Weisheit der Fachleute zur Entscheidungsrelevanz. Ein Beispiel für die Leistungsfähigkeit des subsidiären deutschen Systems stellt die erfolgreiche Bewältigung der Krise 2008/2009 dar, als vielen exportorientierten Mittelstandsbetrieben plötzlich rund die Hälfte ihrer Aufträge wegbrachen. Wenn auf diesen beispiellosen Einbruch trotzdem keine Massenentlassungen erfolgten, so war das auch den ‚Arbeitszeitkonten‘ zu verdanken, die die Tarifpartner vereinbart hatten und die in der Krise zunächst das Abschmelzen der im Boom erworbenen Zeitguthaben erlaubten. Auch die flankierenden Hilfen der Arbeitsverwaltung (Stichwort: Kurzarbeit) kamen unter aktiver Mitwirkung der Tarifpartner zustande. In ähnlicher Weise prägt die Subsidiarität auch das deutsche Sozialsystem, das über die starke Stellung der Wohlfahrtsverbände, die dahinter stehenden gesellschaftlichen Gruppen (Kirchen, Arbeiterbewegung, lokale Initiativen usw.) in ihrem ehrenamtlichen Engagement in die Gesundheitsversorgung, Kinder- und Altenbetreuung, etc. integriert.

Hier zeigt sich, was der EKD Ratsvorsitzende Bischof Engelhard bereits 1997 im Kontext des gemeinsamen Wortes der Kirchen formuliert hat: Die Soziale Marktwirtschaft ist moralisch wesentlich voraussetzungsreicher als wir uns das gemeinhin vorstellen! In Bezug auf die Wirtschaftspraxis sucht sie ethische Lösungen nicht nur

in der Gewinnverwendung (Steuern, Abgaben, Philanthropie), sondern bereits bei der Gewinnerzielung, also der humanen und sachgerechten Gestaltung der Wertschöpfungsprozesse in den Betrieben. In der Tradition des BKU versteht sie Freiheit dabei in und durch Selbstbindung: Befürwortung ordnungsrechtlicher Mindeststandards durch den Gesetzgeber aber darüber hinaus auch freiwillige Initiativen im Bereich Umwelt und Soziales. Ebenfalls in der Tradition des BKU begreift sie den Betrieb als ‚Gemeinschaft von Personen‘, statt als bloße Handelsware am Finanzmarkt.

Unternehmerische Kompetenz in der Kirche

Wie bereits der französische Unternehmer Leon Harmel Einfluss auf die erste Sozialenzyklika ‚Rerum Novarum‘ von Papst Leo XIII. genommen hat, so hat auch der BKU in Deutschland kontinuierlich am Prozess der Entstehung der sozialetischen Dokumente der Kirche mitgewirkt: Jüngere Papiere, wie etwa ‚Zum Unternehmer berufen‘, der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*, sind Resultate dieser Mitarbeit. Zudem sind Vertreter des BKU in kirchlichen Gremien, wie dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken und in der Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände, präsent. Eine Frucht dieser Arbeit sind positive(re) Zugänge der Kirche zur Wirtschaft, die sonst (noch) stärker bloß als Streben nach materiellem Reichtum, als Ausnutzung der Arbeitnehmerschaft und als opportunistische Nutzenmaximierung gesehen würde. Päpstliche Dokumente wie die Enzykliken ‚Centesimus Annus‘ von Johannes Paul II 1991, ‚Caritas in Veritate‘ von Benedikt XVI. (2006), aber auch das jüngste Dokument ‚Laudato Si‘ von Papst Franziskus, vermit-

teln ein differenziertes und anspruchsvolles Unternehmerbild – auch wenn mancher Vorbehalt noch immer mit Händen zu greifen ist.

Fassen wir zusammen: Der Bund Katholischer Unternehmer hat auf dem Hintergrund der christlichen Sozialverkündigung und der praktischen Weisheit seiner Mitglieder die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft (inklusive ihrer tragenden wirtschaftlichen und sozialen Institutionen) von Beginn an mit begleitet. Er hat dabei immer wieder ein anspruchsvolles Leitbild verantwortlichen mittelständischen Unternehmertums repräsentiert, das die Sozialkultur und die subsidiären Strukturen des deutschen Gemeinwesens über Jahrzehnte hinweg geprägt hat.

Wenn sich Deutschland heute – 70 Jahre nach seiner totalen Katastrophe – zu einem funktionsfähigen und international anerkannten Gemeinwesen entwickelt hat, dann sollten wir – in Europa und weltweit – auch von den sozialetischen Prinzipien Zeugnis geben, die zu dieser erstaunlichen Entwicklung beigetragen haben. Das schulden wir jenen Unternehmern und Vordenkern, von deren Konzepten, Vorschlägen und Initiativen ‚jenseits von Angebot und Nachfrage‘ wir noch heute profitieren.